

# Immer mehr können von der Arbeit nicht leben

DGB kritisiert die soziale Schieflage am Arbeitsmarkt – Am Samstag fahren Busse zur Kundgebung nach Stuttgart

**Die Zahlen vom Arbeitsmarkt klingen gut. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war geringer als erwartet und mittlerweile steigt auch in Ostwürttemberg die Zahl der Erwerbstätigen wieder an. Allerdings hat die Geschichte einen Haken, kritisiert der DGB.**

**Ostwürttemberg.** Was der Gewerkschaft sauer aufstößt: Das angebliche Mehr an Arbeitsplätzen entpuppte sich als ein Umbau von Vollzeitarbeitsplätzen in prekäre Arbeitsverhältnisse: zugenommen haben Mini- und Teilzeitjobs, von denen die Betroffenen nicht mehr leben können.

Von 2000 bis Ende 2009 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigten um 0,4 Prozent auf 149 314 reduziert. Im gleichen Zeitraum gingen fast 5 800 Vollzeitarbeitsplätze, etwa 4,5 Prozent, verloren. „Die Strukturen haben sich qualitativ verschlechtert. Unter den Erwerbstätigen sind immer mehr, die einer nicht mehr Existenz sichernden Beschäftigung nachgehen.“

Es gebe inzwischen auch einen breiten Niedriglohnsektor und weite Bereiche, in denen Tariflöhne nicht existierten. Außerdem hätten sich die Erwartungen der Befürworter des Niedriglohnsektors nicht erfüllt: es wurden nämlich nicht neue Arbeitsplätze für gering Qualifizierte geschaffen. Sondern es wurde in ganzen Branchen wie im Handel oder Gastgewerbe auf Mini-Jobs umgestellt. „Leider auch in unserer Region: wir haben

eine Zunahme der Mini-Jobs um 73 Prozent in acht Jahren. Vor allem Frauen sind betroffen. Heute gibt es in Ostwürttemberg 42 250 geringfügig Beschäftigte, fast 14 700 davon sind im Nebenjob tätig. Oder anders betrachtet: Sieben Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer und 13 Prozent der Frauen haben einen solchen Job.

In Ostwürttemberg steigt auch die Zahl der Leiharbeiter deutlich an: knapp 50 Prozent der gemeldeten offenen Stellen kommen aus dem Bereich der Zeitarbeit. „Heuern und feuern“ sei in dieser Branche angesagt. Von 2005 auf 2007 stieg die Zahl der Leiharbeiter von 1990 auf 3188 an. Im Zuge der Krise im Jahr 2009 reduzierte sich die Zahl wieder auf 1905 – rund 2500 Beschäftigte aus diesem Sek-

tor mussten sich 2009 in Ostwürttemberg arbeitslos melden.

Zum Arbeitsplatzrisiko der Leiharbeiter hinzu kommt noch die schlechte Bezahlung. Das Lohnniveau der Branche liegt 25% bis 30% niedriger, in der untersten Lohngruppe sogar 45% niedriger als bei den regulär Beschäftigten. Die Gewerkschaften fordern stattdessen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und einen gesetzlichen Mindestlohn.

Dafür gehen die Gewerkschaften am 13. November in Stuttgart auf die Straße. Aus dem Ostalbkreis fahren kostenlose Busse nach Stuttgart (Rückfahrt nach Ende der Kundgebung). Eine Anmeldung unter (07361) 376490 ist unbedingt erforderlich. Dort erhalten Interessierte auch weitere Informationen.